

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 12

DIENSTAG, DEN 10. FEBRUAR

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Plangenehmigungsbescheid für die Änderung der binnenseitigen Deichgrundgrenzen an den Hochwasserschutzanlagen Spadenländer Hauptdeich, Gauerter Hauptdeich, Hower/Warwischer Hauptdeich, Hower/Zollenspieker Hauptdeich, Zollenspieker Hauptdeich, Kraueler Hauptdeich und Altengammer Hauptdeich	249	Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Bahrenfeld 50	250
Wechsel in den Funktionen der stellvertretenden Wahl- und Abstimmungsleitung im Bezirk Hamburg-Mitte	250	Veränderung der Benutzbarkeit einer öffentlichen Wegefläche	250

BEKANNTMACHUNGEN

Plangenehmigungsbescheid für die Änderung der binnenseitigen Deichgrundgrenzen an den Hochwasserschutzanlagen Spadenländer Hauptdeich, Gauerter Hauptdeich, Hower/ Warwischer Hauptdeich, Hower/Zollenspieker Hauptdeich, Zollenspieker Hauptdeich, Kraueler Hauptdeich und Altengammer Hauptdeich

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat am 10. Dezember 2014 die kleinräumige Änderung der binnenseitigen Deichgrundgrenzen an den oben genannten Hochwasserschutzanlagen beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist die Änderung der binnenseitigen Deichgrundgrenzen. Insgesamt wurden etwa 8000 m² als Deichgrund ausgewiesen.

Der Plan für die Umgestaltung der oben genannten Hochwasserschutzanlagen durch die Änderung der binnenseitigen Deichgrundgrenzen ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), vom 30. Januar 2015 festge-

stellt worden. Die Feststellung beruht auf § 55 des Hamburgischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes. Den bekannten Betroffenen wurde der Plangenehmigungsbescheid zugestellt.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 16. Februar 2015 bis zum 2. März 2015 im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Kundenservice, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Bergedorf, montags und dienstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, mittwochs geschlossen, donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr, freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenfeld 3-5, Raum B 7.27, 20097 Hamburg, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon: 040 / 4 28 26 - 25 40.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 30. Januar 2015

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 249

Wechsel in den Funktionen der stellvertretenden Wahl- und Abstimmungsleitung im Bezirk Hamburg-Mitte

Die Bestellung des Herrn Hartwig Behrens zum stellvertretenden Bezirkswahlleiter des Bezirkes Hamburg-Mitte für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen ist mit Wirkung zum 6. Februar 2015 aufgehoben. Kraft Gesetzes gilt das auch für die Funktion als stellvertretender Bezirksabstimmungsleiter. Ebenso ist seine Ernennung zur stellvertretenden Kreiswahlleitung im Wahlkreis 18, Hamburg-Mitte, zu der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag und im Bezirkswahlkreis Hamburg-Mitte zu der Wahl zum 8. Europäischen Parlament aufgehoben.

An seiner Stelle ist Frau Karina Thomas für die Funktionen der stellvertretenden Bezirkswahlleiterin des Wahlkreises Hamburg-Mitte für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen auf unbestimmte Zeit bestellt worden. Kraft Gesetzes ist sie damit auch stellvertretende Bezirksabstimmungsleiterin für den Bezirk Hamburg-Mitte.

Die Wahlgeschäftsstelle befindet sich im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Hausanschrift: Klosterwall 4 (City-Hof, Block B), 20095 Hamburg, Telefon: 040/42854-2333, Telefax: 040/4279-08004, E-Mail: wahlen-abstimmungen@hamburg-mitte.hamburg.de.

Hamburg, den 6. Februar 2015

Der Landeswahlleiter/Der Landesabstimmungsleiter

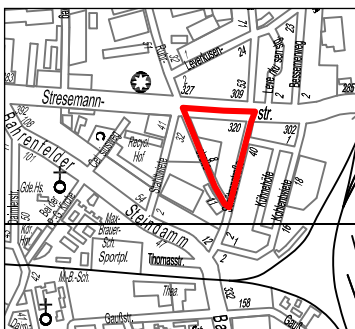
Amtl. Anz. S. 250

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Bahrenfeld 50

Das Bezirksamt Altona hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), öffentlich auszulegen.

Bebauungsplan Bahrenfeld 50

Gebiet zwischen Stresemannstraße, Schützenstraße und Ruhrstraße (Bezirk Altona, Ortsteil 215).



Das Plangebiet wird umgrenzt von der Stresemannstraße, der Schützenstraße und der Ruhrstraße.

Im Plangebiet besteht seit Jahrzehnten Wohnnutzung neben wohnverträglichem Gewerbe. Mit dem bislang gültigen Planungsrecht, eingeschränktes Industriegebiet nach Baustufenplan von 1955, sind jedoch sämtliche Entwicklungen im Plangebiet blockiert. Der Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Bahrenfeld 50 soll die vorhandenen Nutzungen erstmals erfassen und gleichzeitig eine Weiterentwicklung des Gebietes z.B. über ergänzende Wohnbebauung ermöglichen. Hierzu wird für die geschlossene Wohnbebauung ein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt, die rückwärtigen Gärten bleiben nicht überbaubar. Die derzeit überwiegend gewerblich genutzten Flächen werden als Mischgebiet festgesetzt. Für die stadtbildprägende Bebauung entlang der Stresemannstraße und der Schützenstraße wird ein städtebaulicher Erhaltungsbereich festgesetzt.

Der Bebauungsplan Bahrenfeld 50 wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt. Von einer Umweltprüfung wird abgesehen.

Der Bebauungsplan-Entwurf (Planzeichnung, textliche Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 23. Februar 2015 bis einschließlich 27. März 2015 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), V. Stock, 22767 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen zum ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 23. Januar 2015

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 250

Veränderung der Benutzbarkeit einer öffentlichen Wegefläche

Verfügung:

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) in der jeweils gültigen Fassung wird die bestehende Widmung für das im Bezirk Hamburg-Nord in der Gemarkung Hohenfelde, Ortsteil 417, belegene Teilstück des Flurstücks 1544 (Ausbau der Veloroute 7, welche durch die Grünanlage zwischen Angerstraße und Lübecker Straße verläuft), mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr aufgehoben und auf den Fußgänger- und Radfahrverkehr beschränkt.

Hamburg, den 3. Februar 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 250

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zentrale Vergabestelle
 Zu Händen von Frau Meyerhöfer
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 96,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 27 31 - 14 48
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Planung von Straßenbau
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Grundinstandsetzung Meiendorfer Straße – Ingenieurleistungen Straßenbau.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Die Meiendorfer Straße gehört zum innerstädtischen Abschnitt der B75 und ist ein wichtiger Bestandteil des Hamburger Hauptverkehrsstraßennetzes. Der bauliche Zustand der Meiendorfer Straße unterliegt einem stark fortschreitenden Substanzverlust.
 Darüber hinaus sind die Nebenflächen der Meiendorfer Straße über weite Strecken nicht geordnet. Sie sind unterschiedlich breit und eine Trennung zwischen Gehweg, Radweg und Sicherheitsstreifen ist nicht vorhanden. Parkstände sind nur in unzureichender Anzahl vorhanden und nicht ausreichend befestigt. Gegenstand dieser Maßnahme sind die Planungs- und Entwurfsarbeiten bis hin zur Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Grundinstandsetzung der Meiendorfer Straße. Der zu bearbeitende Streckenabschnitt der Meiendorfer Straße liegt zwischen der Berner Straße und der Saseler Straße und ist ca. 1.100 m lang.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 71322000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Die planerische Bearbeitung der Maßnahme „Grundinstandsetzung Meiendorfer Straße“ umfasst den Streckenabschnitt zwischen Saseler Straße und Berner Straße. Der Abschnitt ist ca. 1.100 m lang. Schwerpunktmäßig sind hier folgende Punkte zu bearbeiten:
 Grundinstandsetzung der Straße mit Entwässerung sowie Neugestaltung und Ordnung der Nebenflächen (LB Straßen, LPH 1–6),
 Herstellung eines Retentionsbodenfilters gem. WRRL (LPH 1–6),
 Leitungsstraßenplanung,
 Bauablaufplanung sowie Abstimmung und Erarbeitung der entsprechenden Bauphasenpläne und Verkehrsführungspläne,
 Darüber hinaus sind bei dieser Maßnahme folgende Aspekte zwingend zu berücksichtigen:

Umfangreiche Abstimmungs- und Koordinationsarbeiten mit den beteiligten Dienststellen wie zum Beispiel Bezirksamt, Gründienststellen, Polizei, Leitungsträgern etc.,

Intensive Bürgerbetreuung sowie Vorbereitung des ggf. erforderlichen Grunderwerbs,

Abstimmungsarbeiten mit den Anliegern,

Berücksichtigung der beengten Platzverhältnisse sowie des vorh. Baumbestandes.

II.2.2) Angaben zu Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:

Haftpflichtversicherung für Personenschäden: 1.500.000 Euro. Sonstige Schäden: 500.000 Euro.

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Folgende in Ziff. III.2.1) bis III.2.3) geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen.

Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

1. Allgemeine Informationen zum Unternehmen mit Name der Firma, Anschrift, Tel.- und Fax-Nr., E-Mail-Adresse, Geschäftsort(e), Rechtsform.

2. Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

3. Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) und g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

4. Angaben gem. § 4 VOF Abs. 2, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. Bewerber wirt-

schaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammen arbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

5. Für die Bietergemeinschaften sind die unter III.2.1) und III.2.2) geforderten Eigenerklärungen und Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.

6. Die unter III.2.3) geforderten Angaben sind von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abhängig vom Leistungsanteil, den das Mitglied im Auftragsfall übernehmen wird, nachzuweisen.

7. Beabsichtigt der Bewerber sich zum Nachweis seiner Fachkunde und Leistungsfähigkeit im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs der Fähigkeit anderer Unternehmen (Unterauftragnehmer) zu bedienen, sind die Leistungsanteile je Unternehmen anzugeben.

8. Sofern bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen unter III.2.3) auf die Fachkunde eines Unterauftragnehmers zurückgegriffen wird, ist die deutlich hervorzuheben. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Bewertet wird die Darstellung der Bewerbungsunterlagen wie folgt:

Gesamteindruck: 1 Punkt

Struktur und Gliederung: 2 Punkte

Fehlerlose Unterlagen: 2 Punkte

(Max. werden 5 Punkte, je nach Qualität zwischen 0,1 und 2 Punkte, vergeben).

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Nachweis zur Haftpflichtversicherung für Personenschäden: 1.500.000 Euro

Sonstige Schäden: 500.000 Euro

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

– Erklärung zum Gesamtumsatz an vergleichbaren Leistungen in den letzten drei Geschäftsjahren (2011, 2012, 2013);

Vergleichbare Leistungen sind Planungsleistungen der LP 1–6 an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen.

Bewertet werden diese Angaben wie folgt:

> 0,4 Mio. Euro: 1 Punkt

> 0,6 Mio. Euro: 2 Punkte

> 0,8 Mio. Euro: 3 Punkte

> 1,0 Mio. Euro: 4 Punkte

> 1,2 Mio. Euro: 5 Punkte

(Max. werden 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben).

– Erklärung zum Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre (2011, 2012, 2013).

Bewertet werden diese Angaben wie folgt:

> 0,8 Mio. Euro: 1 Punkt

> 1,2 Mio. Euro: 2 Punkte

> 1,6 Mio. Euro: 3 Punkte

> 2,0 Mio. Euro: 4 Punkte

> 2,4 Mio. Euro: 5 Punkte

(Max. werden 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Benennung der Anzahl der Ingenieure, die in den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014) an ähnlichen Planungsvorhaben gearbeitet haben;

ähnliche Planungsvorhaben zeichnen sich wie folgt aus:

Bauvolumen > 3 Mio. Euro,

Planungen der LP 1–6 an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen,

Leitungsstraßenplanung,

Nennung der Mitarbeiter mit Namen,

Qualifikation,

Beschreibung der bearbeiteten Projekte/Planungsinhalt,

bearbeitete Leistungsbilder sowie Leistungsphasen.

Bewertet werden diese Angaben wie folgt:

2 Mitarbeiter: 2 Punkte

3 Mitarbeiter: 4 Punkte

4 Mitarbeiter: 6 Punkte

5 Mitarbeiter: 8 Punkte

> 5 Mitarbeiter: 10 Punkte

(Max. werden 10 Punkte, je nach Anzahl der Mitarbeiter, vergeben).

- Nachweis von maximal 5 Referenzprojekten der letzten fünf Geschäftsjahre (2010, 2011, 2012, 2013, 2014), die zwischenzeitlich abgeschlossen wurden.

Zwingend erforderliche Aspekte:

Planung an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen,

Nennung der Referenzobjekte mit Projektbezeichnung,

Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer,

Bearbeitete Leistungsphasen,

Bearbeitete Leistungsbilder,

Darlegung des zeitlichen Ablaufes des Planungsprozesses mit Abgabe von Planungsbeginn und Planungsende;

Nennung und Darlegung der nachfolgend aufgeführten Bewertungskriterien:

Bausumme: > 3 Mio. Euro,

Bearbeitung LB Straßen/LP 1–6,

Leitungsstraßenplanung,

Bürgerbeteiligung zwecks Grunderwerb mit mind. 10 Anliegern,

Offene Oberflächenentwässerung mit Retentionsbodenfilter,

Bearbeitung einzelner Bauphasen und der entsprechenden Verkehrsablaufplanung

Bewertet werden diese Angaben wie folgt:

Bausumme > 3 Mio. Euro: 5 Punkte

Bearbeitung LB Straßen/LP 1–6: 5 Punkte

Leitungsstraßenplanung: 5 Punkte

Bürgerbeteiligung zwecks Grunderwerb mit min. 10 Anliegern: 5 Punkte

Offene Oberflächenentwässerung mit Retentionsbodenfilter: 5 Punkte

Bearbeitung einzelner Bauphasen und der entspr. Verkehrsablaufplanung: 5 Punkte

(Max. werden 30 Punkte, je Referenzprojekt und gefordertem Kriterium 1 Punkt, vergeben).

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Gem. III.2.1), III.2.2) und III.2.3). Die am besten geeigneten Bewerber (min. 3, max. 5) erhalten nach Auswertung der Teilnahmeanträge detaillierte Ausschreibungsunterlagen und werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die anderen Bewerber erhalten eine entsprechende Information über die Nichtberücksichtigung im weiteren Verabreichungsverfahren.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
ÖT K5 047/15
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
12. März 2015, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Fragen zum Öffentlichen Teilnehmerwettbewerb sind schriftlich per E-Mail an die Adresse: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de zu senden.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 40 - 20 39
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
30. Januar 2015

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.421

Hamburg, den 2. Februar 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

101

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Neubau für die Geschwister-Scholl-Stadtteilschule am Standort Glückstädter Weg, Hamburg – Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau

Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung eines hochbaulichen Realisierungswettbewerbs mit städtebaulichem Ideenteil beauftragt. Gegenstand des hochbaulichen Realisierungsteils war der Neubau eines Unterrichts- und Ganztagsgebäudes mit 3 Sporthallenflächen für die Geschwister-Scholl-Stadtteilschule mit einem „Haus der Jugend“ am Standort Glückstädter Weg in Altona.

Das heutige Schulgebäude der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule wurde in den 1970er Jahren errichtet und liegt zwischen den Straßen Böttcherkamp und Glückstädter Weg im Hamburger Stadtteil Osdorf. Der Schulneubau soll auf dem bisher unbebauten Teil des Schulgrundstücks geplant werden. Nach Errichtung des Neubaus soll das Bestandsgebäude vollständig abgebrochen werden. Der Schulneubau soll allgemeine Unterrichtsräume, Fachräume, Räume für Lehrer und Verwaltung, eine Hausmeisterwohnung, Wirtschaftsflächen, Gemeinschaftsflächen und Flächen für den Ganztagsbedarf aufnehmen. Weiterhin sollen 3 Sporthallenflächen mit insgesamt 1980 m² NGF erstellt werden. Darüber hinaus soll das „Haus der Jugend (HdJ) – Osdorfer Born“, welches derzeit bereits in dem bestehenden Schulgebäude untergebracht ist, weiterhin an dem Standort verbleiben und in den Schulneubau integriert werden. Der Flächenbedarf hierfür beträgt 413 m² NGF. Insgesamt ist mit dem Schulneubau eine Fläche von 11.432 m² NGF (inkl. Sporthallenflächen und „Haus der Jugend“) nach DIN 277 zu realisieren.

Im Einzelnen wurden von den Teilnehmern des Wettbewerbs mit den Lösungsvorschlägen für den hochbaulichen Realisierungsteil Aussagen zur architektonischen Qualität des Neubaus, zum Konzept für die baukonstruktive Umsetzung unter Berücksichtigung des vorgegebenen Raumprogramms und des pädagogischen Konzepts sowie zum Konzept für die Grundrissorganisation und die Nutzungsverteilung erwartet. Generell wurden Lösungsvorschläge erwartet, die ein möglichst optimales Verhältnis aus langlebigen Baukonstruktionen, hoher Energieeffizienz, niedrigen Betriebskosten und wirtschaftlicher Erstellung vorweisen. Die Durchführung des Bauvorhabens ist als eine Gesamtmaßnahme und unter Aufrechterhaltung des bestehenden Schulbetriebs vorgesehen. Die Zugänglichkeit zu dem bestehenden Schulgebäude muss während der Bauzeit gewährleistet werden. Der Neubau muss bis zum 1. Juli 2018 fertiggestellt und an den Nutzer übergeben sein.

Das vorläufige Gesamtinvestitionsvolumen für die Maßnahme beträgt ca. 29.478.000,- Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 (Schulneubau mit „Haus der Jugend“ inkl. Abbruch des Bestandsgebäudes). Der genannte Betrag gilt als Kostenobergrenze und ist im Rahmen der Vorentwurfsplanung des Wettbewerbs einzuhalten.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 gem. § 51 HOAI, Tragwerksplanung.
- Leistungsphasen 3 bis 6 gem. § 51 HOAI, Tragwerksplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Die Schulleitung und der ausgewählte Objektplaner nehmen in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (Bezirk). Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: -
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 410.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 410.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
- Leistungsphasen 3 bis 6 gem. § 51 HOAI, Tragwerksplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 38 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Im Auftragsfall sollen die Deckungssummen wie folgt angehoben werden: Für Personenschäden auf 3.000.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden auf mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall). Die Maximierung der Ersatzleistung soll mindestens das Zweifache der erhöhten Versicherungssummen betragen. Im Rahmen des weiteren Verfahrens ist mit dem Honorarangebot die schriftliche Bestätigung des Versicherers einzureichen, dass die Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderten Höhen angehoben oder eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird.

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: -

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

- III.2) **Teilnahmebedingungen**

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

- Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)
- Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck)
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck)
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Person (Anlage: 3A-1) (in Kopie)
- Anlage 3B: Liste von Referenzprojekten.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistungsnachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und

Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der Email vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

b) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 51 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 400.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen: Ingenieur/in für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI.

b) Nachweis der erbrachten Leistungen: Liste der wesentlichen in den letzten max. 8 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2007) erbrachten Leistungen unter Angabe der Projektbezeichnung; der Kosten in der Kostengruppe 300+400 (in Euro, netto); der Größe (BGF); des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprech-

partners mit Kontaktdaten); des Leistungszeitraums; der ausgeführten Leistungsphasen; handelt es sich um einen Neubau; handelt es sich um einen Rückbau. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

c) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014). Im Bereich Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI sind mind. 4 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Um auch Berufsanfängern oder kleinen Büros die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, obwohl die Mindestmitarbeiterzahl nicht erreicht wird, wird auf die Möglichkeit der Bewerbung als ARGE oder mittels Nachunternehmereinsatz verwiesen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Aus-

wahl erfolgt anhand der folgenden Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 6 realisiert worden sind).

1. Leistungsphasen 2-6 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

2. Projektkosten in den KG 300 + 400 mind. 15,0 Mio. Euro (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

3. Bei dem Projekt handelt es sich um einen Neubau: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

4. Bei dem Projekt handelt es sich um einen Rückbau: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Insgesamt sind max. 12 Punkte zu erzielen. Der verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	30 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 002/2015

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 27. Februar 2015, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

- IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
2. März 2015, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung: 13. Kalenderwoche 2015, Einreichung der Honorarangebote: 17. Kalenderwoche 2015, Verhandlungsgespräche: 18. Kalenderwoche 2015.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
29. Januar 2015

Hamburg, den 29. Januar 2015

Die Finanzbehörde

102

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg
Telefon: 040/4 28 01 - 27 87, Telefax: 040/4 28 01 - 19 97
Email: marlies.thiele@eimsbuettel.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach VOL
- c) Entfällt
- d) Reinigung von Müll und Laub auf Spielplätzen und Grünanlagen 1. April 2015 bis 1. April 2017.
- e) Nördlicher und südlicher Bezirk verschiedene Anlagen
Bezirk Eimsbüttel/FHH
- f) Vergabenummer: **002/015**
Reinigung Freiflächen von Müll/Laub auf öffentlichen Spielplätzen und in Grünanlagen mit einer Gesamtfläche von 431.624 m² und 141 Anlagen.
- g) Entfällt
- h) Nein, geteilt in 2 Lose die zusammen angeboten werden müssen.
- i) Beginn: 1. April 2015, Ende: 31. Dezember 2015. Option mit Preisbindung auf Verlängerung bis 31. Dezember 2016.
- j) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 19. Februar 2015 bis 5. März 2015, 10.30 Uhr, montags bis donnerstags von 7.00 Uhr bis 14.00 Uhr. Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 31,- Euro
Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung. Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Kasse Hamburg
Konto-Nr.: IBAN 2720000000020001583
Geldinstitut: BIC MARKDEF 120
Referenz: 4090830000089,
Vertrag: 231000004145, 002-015

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 5. März 2015, 10.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Eröffnungsstelle, Raum 1038
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 5. März 2015 um 10.30 Uhr.
- Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Keine
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit auf Anforderung Referenzen nachzureichen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 7. April 2015.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Die Baudezernentin
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg

Hamburg, den 5. Februar 2015

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Telefon: +49/40/89 98 - 24 80
 Telefax: +49/40/89 98 - 40 09
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Öffentlich geförderte Stiftung bürgerlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 DESY EO 025-14 Dachabdichtungsarbeiten für das CSSB Gebäude
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Bauauftrag
 Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz-Gemeinschaft,
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Neubau eines Zentrums für nationale und internationale Kooperationspartner mit Büroräumen, Laborflächen und Neben- und Technikräumen für unterschiedliche Institute.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
 Hauptgegenstand: 45214600
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Lose:
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Umfang der Leistung:
 Gründachflächen: ca. 1250 m² (unbelüftet)
 Metalldachflächen: ca. 50 m² (belüftetes Dach)
 Art/Beschreibung der Leistung:
 – Dachabdichtungsarbeiten – bituminöse Abdichtungen
 – Dachbegrünung – Extensivbegrünung
 – Metalldacheindeckung – aus vorgefertigten beschichteten Aluminiumprofilen
 – Gefälledämmungen EPS
 Ausführungsfristen:
 Beginn der Ausführung: 7. August 2015
 Fertigstellung der Leistungen: 13. Mai 2016
 Weitere Fristen: gemäß Bauzeitenplan
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 9 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 Versicherungen i.H. von mindestens 1,5 Mio Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit dem Angebot einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Näheres siehe Vergabeunterlagen.

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Angebotsabgabe muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen. Für die Bietergemeinschaft ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formblatt 234 zu verwenden
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Es wird auf die Vorgaben zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen hingewiesen (siehe dazu Vergabeunterlagen, „Vereinbarung Tariftreue“ gemäß Formblatt 231 und „Vereinbarung Tariftreue zwischen AN und NU“ gemäß Formblatt 232).
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Präqualifizierte Bieter haben ihre Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) zu belegen. Beim Einsatz von präqualifizierten Nachunternehmern ist auch für diese Nachunternehmer die Eintragung ins Präqualifikationsverzeichnis zu belegen.
 - Nicht präqualifizierte Bieter haben zum Nachweis ihrer Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung, Formblatt 124“ vorzulegen. Bei Einsatz von nicht präqualifizierten Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 auch für diese Nachunternehmer abzugeben. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind nach gesonderter Aufforderung die im Formblatt 124 getätigten Eigenerklärungen durch Vorlage der im Formblatt 124 genannten Bescheinigungen zu bestätigen. Für die Referenzbescheinigungen ist dann das Formblatt 444 (siehe dazu Vergabeunterlagen) zu verwenden.
 - Im Fall von Bietergemeinschaften gelten die unter a) und b) aufgeführten Eignungsanforderungen entsprechend für jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Siehe dazu unter Ziff. III.2.1).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Siehe dazu unter Ziff. III.2.1).
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 025-14
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 6. März 2015.
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 19. März 2015, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 7. Mai 2015
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
19. März 2015
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Gem. § 14 EG Abs. 1 VOB/A
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Die den Vergabeunterlagen beigegeführten Formblätter sind zwingend zu verwenden.
2. Angebote sind ausschließlich über den Postweg oder direkt an die unter Ziff. I.1) benannte Stelle zu übermitteln.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/228 94 99 - 0
Telefax: +49/228 94 99 - 163
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**

- a) Gemäß § 101a GWB darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information über die geplante Auftragsvergabe an die nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Tage.
- b) § 107 Abs. 3 GWB: Der Antrag auf Einleitung des Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit:
 - (1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, DE Standardformular 02 – Auftragsbekanntmachung 12/16,
 - (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - (4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2. § 101a Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:** Siehe dazu unter Ziff. 4.1

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
30. Januar 2015

Hamburg, den 3. Februar 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

104

Öffentliche Ausschreibung

- a) Hafencity Hamburg GmbH,
Osakaallee 11, 20457 Hamburg,
Telefon: 040 / 37 47 26 - 0,
Telefax: 040 / 37 47 26 - 26
E-Mail: info@hafencity.com
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen im Straßenbau
- e) Hamburg, DE 600
- f) Vergabenummer: **ÖA-2014365-15-001**
Innere Erschließung Hafencity
Versmannstraße Süd – Östliche Fahrbahn 1. Baustufe

Schotter einbauen	ca. 1.090 m ²
Platten verlegen	ca. 480 m ²
Betonbord	ca. 205 m
Asphaltfahrbahn	ca. 2.015 m ²
Boden einbauen	ca. 500 m ³
Straßenabläufe herstellen	ca. 9 Stück
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 20. April 2015, Ende: 30. Juni 2015
- j) siehe Vergabeunterlagen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 6. Februar 2015 bis 30. Juni 2015
von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Anschrift:
ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung,
Admiralitätstraße 59, 20459 Hamburg,
Telefon: 040 / 30 97 09 - 0, Herr Mücke
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 24,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Bar oder Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung,
Kontonummer: 1 160 035, BLZ: 200 300 00,
IBAN: DE60200300000001160035,
Geldinstitut: Hypovereinsbank
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe k), schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 6. März 2015, 13.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift siehe Buchstabe a)
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 6. März 2015 um 13.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe a)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/B zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 4. Mai 2015.

w) Beschwerdestelle:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Hamburg, den 4. Februar 2015

ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung

105

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Nr. 1 VOB/A

f & w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 35 - 32 63,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 35 - 35 11

Öffentliche Ausschreibung Rohbauarbeiten für den **Neubau eines Wohngruppenhauses in Massivbauweise**, bestehend aus 3 Vollgeschossen sowie einem 1-geschossigen Anbau in Hamburg.

Ausschreibungsnummer: **AÖA 005-2015**

Frist für den Eingang der Angebote:
25. Februar 2015, 13.00 Uhr

Sämtliche erforderlichen Angaben und Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet heruntergeladen werden unter:

[www.foerdernundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Ausschreibungen für Leistungen \(VOL\) und Bauleistungen \(VOB\)/AÖA 005-2015](http://www.foerdernundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Ausschreibungen_fur_Leistungen_(VOL)_und_Bauleistungen_(VOB)/AÖA_005-2015)

Nähere Angaben entnehmen Sie bitte der genannten Homepage.

Hamburg, den 5. Februar 2015

f & w fördern und wohnen AöR

106

Gläubigeraufruf

Der Verein **Gorch Fock/Towarischtsch – go sailing e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 21433) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Etwaige Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Liquidator des Vereins zu melden.

Hamburg, den 16. Januar 2015

Der Liquidator

107